



Presseschau vom 04.03.2016:

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und ukrainische Quellen in Blau (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Abends:

Dan-news.info: Der Hauptzeuge in der Sache der Odessaer „Antimaidaner“ hat sich von seinen Aussagen distanziert, die er „unter Druck“ im Stadium der Ermittlungen abgab. Dies erklärte heute der Rechtsanwalt der Anhänger einer Föderalisierung der Ukraine Kirill Schewtschuk.

„Der Hauptzeuge erschien auf der Sitzung, der Richter verlas ihm seine Rechte, der Zeuge sagte, dass die Aussagen, die im Protokoll stehen, nicht der Wirklichkeit entsprechen, dass er sie unter Druck abgegeben hat und er jetzt nichts sagen werde“, teilte er mit.

Nach Meinung Schewtschuks ist jetzt die Lage der Verteidigung vor Gericht wesentlich günstiger geworden, aber es ist für die Anwälte schwierig eine Prognose über die Entwicklung der Ereignisse abzugeben. „Für uns ist es jetzt günstig das Gerichtsverfahren zu beschleunigen“, fügte der Rechtsanwalt hinzu.

Er unterstrich, dass auf der morgigen Sitzung des Gerichts die Verteidigung beantragen wird, die Vorbeugungsmaßnahmen gegen ihren russischen Mandanten abzumildern, auf den die Anklage sich in der Sache der Odessaer Tragödie hauptsächlich stützt. Das Rechtsanwaltskollegium wird dem Gericht Beweise über die Unschuld des Angeklagten vorlegen.

Wir erinnern daran, dass die Sitzung des Gerichts zur Sache der „Antimaidaner“ Ende November 2015 von ukrainischen Extremisten gesprengt wurde. Die Radikalen besetzten das Gerichtsgebäude, sie zwangen die Richter eine Entscheidung aufzuheben und Dokumente zu unterzeichnen, wozu sie keine Vollmacht besaßen. Um eine Freilassung der Angeklagten unter Kautions zu verhindern blockierten die Kämpfer das Untersuchungsgefängnis. Nach Änderung der Entscheidung über die Freilassung aus der Untersuchungshaft und einer Verlängerung des Haftzeitraums beging einer der Angeklagten einen Selbstmordversuch. Die Verteidigung wandte sich an die Generalstaatsanwaltschaft

der Ukraine mit der Forderung, das Richterkollegium strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen, dies wurde abgelehnt.

Das Gerichtsverfahren zu den tragischen Ereignissen in Odessa zieht sich seit Januar des letzten Jahres hin. Die Verhandlungen finden etwa dreimal im Monat statt. Auf der Anklagebank sitzen 20 Menschen, von denen zwei Bürger der RF sind.'

Am 2. Mai 2014 zündeten in Odessa Aktivisten des „Rechten Sektors“ und der sogenannten „Selbstverteidigung des Maidan“ eine Zeltstadt auf dem Kulikowo-Feld an, wo Odessiten Unterschriften für ein Referendum über die Föderalisierung der Ukraine und den staatlichen Status der russischen Sprache sammelten. Die Anhänger der Föderalisierung und der Bewegung „Antimaidan“ retteten sich in das Gewerkschaftshaus, aber die Radikalen kreisten das Gebäude ein und zündeten es an. Bei dieser Tragödie starben nach Verschiedenen Informationen 40 bis 200 Menschen, mehr als 200 wurden verletzt. Die Schuldigen wurden bis jetzt nicht bestraft und die von den Extremisten überfallenen Menschen stehen unter Anklage.

Vormittags:

De.sputniknews.com: Die Außenminister der Normandie-Vier (Russland, Ukraine, Frankreich und Deutschland) haben nach vierstündigen Verhandlungen in Paris keine ernsthaften Vereinbarungen erreicht.

Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier sagte, er sei weit davon entfernt, zufrieden zu sein. Bei den Beratungen über den politischen Prozess in der Ostukraine, insbesondere zu den geplanten Wahlen, habe es keinerlei Fortschritte gegeben. Steinmeier sprach von „wirklich schwierigen, auch kontroversen Gesprächen“ in Paris.

Über einen der Kernpunkte des Minsker Abkommens, die Umsetzung der Lokalwahlen in der Donbass-Region, wurde keine Einigung erzielt. Das liege hauptsächlich an der Positionierung Kiews, das die von Frankreich und Deutschland vorgeschlagene und von Moskau unterstützte Frist bis Ende Juni nicht unterstützen wollte.

„Ich bin nicht zufrieden mit der Art und Weise, wie Kiew und Moskau die Verhandlungen hier betreiben“, wird Steinmeier von deutschen Medien zitiert.

„Ich befürchte, es wird nicht mit dem genügenden Ernst gesehen, wie die Lage in der Ostukraine wirklich ist und dass sie jederzeit wieder neu eskalieren kann“, so Steinmeier. Alle Teilnehmer der Normandie-Vier sind sich zwar weiter darüber einig, dass nur ein direkter Dialog zwischen Kiew und dem Donbass diesen Konflikt regeln könne. Kiew jedoch will einen solchen Dialog nicht eingehen, wie der russische Außenminister Sergej Lawrow äußerte.

„Heute zeigt sich erneut das Bestreben (der ukrainischen Regierung – Anm. d. Red.) zu leugnen, dass das Minsker Abkommen auch die Vertreter der Donbass-Region unterzeichnet haben“, so Lawrow.

Gleichzeitig konnte sich in einigen wenigen Punkten auch geeinigt werden. Beispielsweise konnten die Außenminister eine Einigung in der Frage des Gefangenenaustausches erzielen: Bis zum 30. April sollen die Festgenommenen freigelassen oder ausgetauscht werden.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30825/29/308252972.jpg>

Dan-news.info: Das Koordinationszentrum für den Wiederaufbau der DVR hat im Februar dieses Jahres mehr als 1000 Tonnen Lebensmittel für kostenlose Mahlzeiten für Einwohner in sozialen Einrichtungen zu geteilt. Dies teilte der Pressedienst des Koordinationszentrums mit.

„Mehr als 1000 Tonnen Lebensmittel aus den russischen humanitären Konvois wurden unter den Stadt- und Bezirksverwaltungen der DVR zur Absicherung kostenloser Mahlzeiten für die Einwohner verteilt“, sagte die Gesprächspartnerin der Agentur.

Das Koordinationszentrum hat 146,5 Tonnen Mehl an Betriebe zum Backen von Sozialbrot ausgegeben. Dieses Brot wird zu einem speziellen Preis verkauft – sechs Rubel für einen Laib.

De.sputniknews.com: Der erste Schritt zur Umsetzung des politischen Teils des Minsker Abkommens ist die Vorbereitung der Lokalwahlen im Donbass, allerdings gibt es keine Fortschritte in dieser Frage, wie der russische Außenminister Sergej Lawrow nach dem jüngsten Treffen der Normandie-Vier in Paris erklärte.

„Es wurde natürlich viel über die politischen Aspekte der Minsker Vereinbarungen verhandelt, vor allem im Kontext der Notwendigkeit, den ersten Schritt der ganzen Handlungskette zu unternehmen. Diese Kette schließt das Sonderstatusgesetz, die Amnestie, Verfassungsreformen und die Umsetzung der Wahlen ein“, so der russische Außenamtschef gegenüber Journalisten nach dem Treffen der Außenminister der Normandie-Vierergruppe in Paris am Donnerstag.

Als erster Schritt gelten Lawrow zufolge die Regionalwahlen und all das, was für deren Durchführung nötig ist.

„Dazu muss das Gesetz verabschiedet werden, damit die Menschen abstimmen und gewählt werden können – ohne der Gefahr einer Strafverfolgung, sondern als freie Bürger. Und mit einer Garantie durch die Verfassungsreform. Das haben unsere Staats- und Regierungschefs im Oktober in Paris vereinbart, allerdings gibt es keine Fortschritte in diesem Kernpunkt, der Wahlvorbereitung“, schlussfolgerte Lawrow.

Ukrinform.ua: Eine Farce der Wahlen in Donbass brauche niemand. Die Abstimmung finde entweder nach der ukrainischen Gesetzgebung und den OSZE-Standards, oder sie finde gar nicht statt, sagte der ukrainische Außenminister Pawlo Klimkin nach dem Treffen der Außenminister der Ukraine Russlands, Deutschlands und Frankreichs am Donnerstag in Paris.

„Die Diskussion über eine Möglichkeit von Wahlen war sehr schwierig. Die einzig freien und

fairen Wahlen, die im Donbass stattfinden können, sind die Wahlen aufgrund der ukrainischen Gesetzgebung und der OSZE-Standards. Entweder sollten das echte Wahlen sein, oder kann es von den Wahlen nicht Rede sein“, betonte Klimkin. Eine Farce von Wahlen wie im November 2014 brauche seinen Worten nach niemand. Der Wunsch der Verhandlungspartner war es, dass die Lokalwahlen noch im ersten Halbjahr 2016 stattfinden.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden dreimal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Aus Richtung Luganskoje wurde zweimal das Gebiet von Kalinowka beschossen. Das Feuer erfolgte mit leichten Schusswaffen und großkalibrigen Maschinengewehren. Außerdem wurde aus Richtung Luganskoje von den Kiewer Truppen mit Antipanzergranatwerfern das Gebiet von Losowoje beschossen. Verluste gibt es keine.

Dan-news.info: Die ukrainischen Truppen haben in der letzten Nacht die Siedlung Trudowskije am westlichen Rand von Donezk beschossen. Dies teilte eine Quelle aus den militärischen Strukturen der DVR mit. „Gegen 23:50 Uhr haben ukrainische Truppen das Feuer auf Trudowskije im Petrowskij-Bezirk von Donezk eröffnet“, sagte der Gesprächspartner der Agentur. Nach Angaben der Quelle haben die ukrainischen Streitkräfte mit Granatwerfern des Kalibers 82mm, kleineren Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

Nachmittags:

De.sputniknews.com: Russlands Präsident Wladimir Putin sieht die von der Regierung in Damaskus angekündigten Parlamentswahlen nicht als Hindernis für den Friedensprozess in Syrien.

Putin, die deutsche Kanzlerin Angela Merkel, ihr britischer Kollege David Cameron sowie Frankreichs Staatschef François Hollande und der italienische Premierminister Matteo Renzi haben am Freitag am Telefon über die Waffenruhe in Syrien gesprochen.

Putin habe bei der Telefonkonferenz geäußert, dass die Entscheidung der syrischen Behörden, im April Wahlen abzuhalten, verfassungskonform sei und die Schritte hin zum Friedensprozess nicht behindere, teilte der Kreml mit. Der Mitteilung zufolge waren sich die fünf Spitzenpolitiker darüber einig, dass die Waffenruhe in Syrien strikt eingehalten und gegen die Terrororganisation Daesh (auch „Islamischer Staat“, IS) weiter gekämpft werden müsse.

Syriens Staatschef Baschar al-Assad hatte für den 13. April Parlamentswahlen angesetzt.

Der französische Präsident François Hollande kritisierte diese Entscheidung.

In Syrien gilt seit Samstag Waffenruhe zwischen Regierungstruppen und Rebellen. Der von Russland und den USA vermittelte Waffenstillstand nimmt Angriffe auf Daesh („Islamischer Staat“), die al-Nusra-Front und andere vom UN-Sicherheitsrat als terroristisch eingestufte Gruppen aus.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30826/44/308264421.jpg>

Lug-info.com: Pressekonferenz des stellvertretenden Leiters des Stabs der Volksmiliz der LVR Oberst Igor Jaschtschenko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)
Vertreter des US-Verteidigungsministeriums haben auf dem Gebiet des von Kiew kontrollierten Markowskij-Bezirk des Lugansker Gebiets zwei Funkaufklärungsstationen stationiert, sagte Jaschtschenko.

Nach seinen Worten nutzt die Kiewer Regierung das Regime der Feuereinstellung für die Konzentration von militärischem Potential ihrer eigenen Streitkräfte und nimmt dabei aktiv die Hilfe ausländischer Partner in Anspruch.

„So haben nach Angaben unserer Aufklärung Vertreter des US-Verteidigungsministeriums zwei Funkaufklärungsstationen ‚Trailblazer‘ stationiert“, sagte Jaschtschenko.

„Außerdem bereiten amerikanische Soldaten Positionen, feste Plätze, für die Stationierung von zwei weiteren Funkaufklärungsstationen mittlerer Reichweite vor, die für die Entdeckung von Luftzielen insbesondere im Überschallbereich gedacht sind“, fügte der stellvertretende Leiter des Stabs hinzu.

Er sagte, dass nach Angaben der Volksmiliz die Stationierung der genannten Stationen von einer taktischen Bataillonsgruppe aus der 25. Luftlandebrigade durchgeführt wird.

Weiter sagte Jaschtschenko, dass die ukrainischen Streitkräfte weiterhin die Bedingungen der Minsker Vereinbarungen für die Stationierung von Technik entlang der Kontaktlinie verletzen.

„So haben nach unseren Informationen die Kiewer Straftruppen in Staniza Luganskaja im Gebiet des zentralen Bezirkskrankenhauses, bei der Leichenhalle, zwei Panzer und eine Einheit Panzertechnik stationiert. Und auf der Tschapajew-Straße wurde im privaten Sektor die Stationierung von vier 120mm-Granatwerfern beobachtet“, sagte Jaschtschenko.

„Wir meinen, dass die Kiewer Regierung wie zuvor eine militärische Variante der Lösung des Konflikts im Südosten als Grundlage betrachtet“, unterstrich der stellvertretende Leiter des Stabs.

De.sputniknews.com: Die Türkei versorgt nach russischen Angaben Daesh (auch Islamischer Staat, IS) und andere Terrororganisationen in Syrien regelmäßig mit Waffen und Material. Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums fahren Laster „rund um die Uhr“ über die Grenze.

Lkw-Kolonnen fahren regelmäßig aus der Türkei in jene Gebiete Syriens, die unter Kontrolle des Al-Qaida-Ablegers al-Nusra und der Terrorgruppe Ahrar al-Scham stehen, wie General Sergej Kuralenko vom russischen Versöhnungszentrum in Latakia mitteilte.

„Lkw-Kolonnen mit Material und Waffen fahren praktisch rund um die Uhr von der Türkei in jene syrischen Regionen, die unter Kontrolle von al-Nusra und der Terrorgruppe Ahrar al-Scham stehen“, sagte der General. Er beschuldigte die Türkei einer „unverhüllten

Unterstützung der Terroristen in Syrien“ und verwies darauf, dass der russische TV-Sender am Donnerstag Beweise dafür gefilmt habe.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30816/35/308163507.jpg>

Dnr-online.ru: Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Lage an der Kontaktlinie bleibt angespannt. Die ukrainischen Truppen haben 193-mal das Territorium der Republik in der Folge von 54 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung verletzt. Im Verlauf der Beschüsse hat der Gegner von den Minsker Vereinbarungen verbotene Waffen verwendet: Granatwerfer des Kalibers 120mm – 50 Geschosse, Kaliber 82mm – 88 Geschosse, Panzertechnik zehnmal. Ebenfalls verwendete der Gegner verschiedene Typen von Granatwerfern, Abwehrgeschütze und Schusswaffen. Aus den Ortschaften Peski, Marjinka, Showanka, Opytnoje, Newelskoje, Wodjanoje, Saoschnoje, Pawlopol haben die ukrainischen Strafruppen die Territorien der folgenden Ortschaften beschossen: Sajzewo, Spartak, Staromichajlowka, Shabitschewo, Kominternowo, Tawritscheskoje, Nabereshnoje, Sosnowskoje, das Gagarin-Bergwerk, die Gebiete des Flughafens und des Volvo-Zentrums, den Petrowskij-Bezirk von Donezk. Es wird eine Vorbereitung des ukrainischen Kommandos zur Wiederaufnahme von Kämpfen in der ATO-Zone festgestellt, im Zusammenhang damit wird das 9. städtische Krankenhaus in Mariupol in ein Militärkrankenhaus umgerüstet. Es erfolgt eine Versetzung von medizinischem Personal auf Frontpositionen, insbesondere wurde eine Verlagerung der medizinischen Kompanie der 54. mechanisierten Brigade registriert. Medizinische Einrichtungen in der der ATO-Zone werden geräumt und die Patienten und verletzten Soldaten der ukrainischen Streitkräfte auf die Krankenhäuser in den Oblasten Dnjepropetrowsk und Odessa verteilt. Unter anderem wurde eine Verlegung des Kommandopunkts der 54. mechanisierten Brigade aus Artjomowsk in das Gebiet von Sajzewo festgestellt.

Um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von der Vorbereitung der ukrainischen Streitkräfte zur großflächigen Provokationen abzulenken werden von der ukrainischen militärischen Führung Falschmeldungen verbreitet. So beschuldigte gestern im Vorfeld des Treffens der Außenminister in Paris die ukrainische Seite die Streitkräfte der DVR des Beschusses unter Anwendung von Mehrfachraketenwerfern „Grad“, und legte ein Video als Beweis vor. Die Analyse des genannten Materials ergab, dass ein solcher Beschuss von Seiten der Streitkräfte der DVR nicht durchgeführt wurde. Auf dem Video wird ein angeblicher Beschuss vom Rand der Stadt Donezk gezeigt, mit einer Distanz von 20 km. Aber die ukrainische Seite hat nicht berücksichtigt, dass dafür die Position der Mannschaft sich am entgegengesetzten Rand der Stadt hätte befinden müssen. Im Zusammenhang damit hätte in der Stadt der durch den Abschuss der reaktiven Geschosse entstehende Feuerschein zu beobachten sein müssen. Aber die Bevölkerung von Donezk bestätigt die Anwendung von

Mehrfachraketenwerfern durch die Streitkräfte der DVR nicht. Außerdem befinden sich alle Waffen und Militärtechnik der Streitkräfte der DVR an den Lagerorten gemäß der Minsker Vereinbarungen, was auch durch die OSZE-Beobachter bestätigt wird.

Es kann der Schluss gezogen werden, dass das Video gestellt wurde oder während der Unruhen zwischen nationalistischen Bataillonen und ukrainischen Luftlandtruppen im Februar dieses Jahres gedreht wurde, in deren Folge mehr als 30 ukrainische Soldaten starben. Diesen Fakt hat die ukrainische Seite auch nicht dementiert.



[http://storage.novorosinform.org/cache/8/e/\(6\)_grad_ato.jpeg/w644h387.jpg](http://storage.novorosinform.org/cache/8/e/(6)_grad_ato.jpeg/w644h387.jpg)

De.sputniknews.com: Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat Bürgern Russlands verboten, sich an Privatisierungen in der Ukraine zu beteiligen. Wie das Präsidialamt am Freitag auf seiner Website mitteilte, wurde ein entsprechendes Gesetz bereits von Poroschenko unterzeichnet.

Laut Dokument sind Unternehmen und Bürger der Länder, die die Werchowna Rada (Parlament) als „Aggressorstaat“ eingestuft hatte oder gegen die Sanktionen in Kraft sind, aus den Privatisierungen auszuschließen. Die Rada hatte Russland im Januar 2015 als Aggressorstaat abgestempelt.

Das Gesetz verfolge das Ziel, den Privatisierungsprozess transparenter und offener zu machen sowie den Schutz nationaler Interessen im Zuge der Reform der Eigentumsverhältnisse zu verstärken, hieß es in der Mitteilung.

Das Gesetz wurde von der Werchowna Rada am 16. Februar gebilligt. Aus dem Begleitschreiben zum Dokument geht hervor, dass potentielle Teilnehmer der Privatisierung ihr Recht auf den Erwerb von Eigentum des ukrainischen Staates selbstständig zu beweisen haben.

Dnr-online.ru: Pressekonferenz des Oberhauptes der DVR Alexandr Sachartschenko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die ukrainischen Streitkräfte vernichten planmäßig die Zivilbevölkerung, die in den von der Ukraine okkupierten Städten an der Kontaktlinie lebt.

„Awdejewka ist derzeit schon seit 5 Tagen eine geschlossene Stadt. Die Ausreise aus der Stadt ist für die Zivilbevölkerung verboten. In Awdejewka befinden sich Lager mit Munition und Treibstoff. Die Stationierungsorte sind uns bekannt. In dem genannten Fall sind die Einwohner von Awdejewka ein lebender Schild, hinter dem sich die ukrainischen Soldaten verstecken. Da wir wissen, dass dort unsere Landsleute leben, können wir leider diese Lager nicht vernichten.

Eine gleichartige Lage ist in Krasnogorowka, in dem vor kurzem von der Ukraine Säuberungen durchgeführt wurden, es wurden etwa 100 Menschen festgenommen. An allen ukrainischen Passierpunkten befinden sich Vertreter des Sicherheitsdienstes der Ukraine, die alle Menschen, die den Kontroll- und Passierpunkt überschreiten, streng kontrollieren“,

berichtete Alexandr Sachartschenko.

Das Republikoberhaupt unterstrich, dass die Ukraine Menschen panisch fürchtet, die von unserer Seite gekommen sind, weil sie die Wahrheit darüber erzählen könnten, dass wir eine saubere Stadt, normale Preise haben, dass der Staat aufgebaut wird und sich entwickelt, das Kulturleben aktiv ist, die Hochschulen arbeiten.

Weiter kommentierte Alexandr Sachartschenko die Situation bezüglich der Festnahmen von zivilen Einwohnern durch Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes der Ukraine.

„Die Festnahmen begannen bereits nach dem Kampf um Slawjansk. Als die Ukraine diese Stadt einnahm, begannen Massensäuberungen. Ich kann mir nicht einmal vorstellen, wie viele Menschen damals festgenommen und festgehalten wurden. Auf den Territorien, die sich unter Kontrolle der Ukraine befinden, ist die Politik des Genozids in vollem Gang. Dies beinhaltet Massensäuberungen, ständige Festnahmen andersdenkender Menschen, sogar einfach nur deshalb, weil sie Einwohner des Donbass sind“, sagte Alexandr Sachartschenko.

Das Oberhaupt der DVR äußerte seine Ansichten über die Verhandlungen der „Normannischen Vier“ bezüglich der Frage der Wahlen im Donbass.

„Ich will alle daran erinnern, dass das Schicksal der Einwohner des Donbass niemand in Paris entscheiden kann. Kiew will zeigen, dass der Donbass Territorium der Ukraine ist. Ich erkläre offiziell, dass das Territorium des Donbass bereits kein Gebiet Kiews mehr ist.

Wir haben schon abgestimmt, wir haben Waffen in die Hand genommen und wollen frei leben. Und wir haben dies getan, weil der Staatsstreich, der in Kiew erfolgt ist, uns nicht zufrieden stellt. Die Einwohner des Donbass haben ihre Meinung. Wir sind einverstanden Wahlen durchzuführen, damit die Weltgemeinschaft uns anerkennt, aber wir wollen nicht in der Ukraine leben.

Ich rate Kiew sich an den Verhandlungstisch zu setzen und über alle Punkte Vereinbarungen zu treffen, die in den Minsker Vereinbarungen vorgeschrieben sind: direkter Dialog, eine neue Verfassung und alle Gesetze mit uns abgestimmt“, sagte Alexandr Sachartschenko.



<http://storage.novorosinform.org/cache/f/8/Bezymvvvvvffffffffffffffffffffffffffffffffffffyannyj.jpg/dw899h386.jpg>

Dan-news.info: Die Donezker Filterstation hat ihre Arbeit nach einem zweitägigen Stopp in Zusammenhang mit Beschüssen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wieder aufgenommen. Dies teilte heute der Pressedienst des kommunalen Unternehmens „Woda Donbassa“ mit.

„Die Station hat ihre Funktion wieder aufgenommen. Heute entscheidet die Leitung gemeinsam mit der OSZE und dem Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination Fragen der Garantie für die Sicherheit der Arbeiter der Donezker Filterstation“, sagte die Gesprächspartnerin der Agentur.

Bis zum Ende des heutigen Tages wird die Wasserversorgung der Städte wieder vollständig anlaufen.

Dan-news.info: Im Jahr 2016 ist von den Behörden Makejewkas geplant, fast 120 durch die Kämpfe zerstörte Infrastrukturobjekte in Makejewka wieder aufzubauen. Dies teilte heute die Bürgermeisterin der Stadt Larisa Tolstykina mit.

„Im Jahr 2016 ist geplant 40 Mehrparteienhäuser, 45 private Häuser, 33 Objekte der sozialen Sphäre: Bildung, Gesundheitswesen, Kultur und Kommunalwirtschaft wieder aufzubauen“, sagte Tolstykina.

Nach den Worten der Bürgermeisterin wurden während der Kämpfe in Makejewka mehr als 1000 zivile und soziale Infrastrukturobjekte beschädigt, davon wurden 322 im Jahr 2015 wieder aufgebaut. „Darunter sind 28 Objekte des Bildungswesens, sechs des Gesundheitswesens, 249 private Wohnhäuser und 17 Mehrparteienhäuser“, fügte sie hinzu.

Abends:

Rusvesna.su: Ukrainische Nationalisten der Partei „Swoboda“ gaben heute bekannt, dass die Schlange der durch sie blockierten russischen Lastwagen bei Lwow inzwischen eine Länge von 250 Metern erreicht hat.

Zuvor hatten die Nationalisten, darunter auch Mitglieder des extremistischen „Rechten Sektors“, erklärt, dass die Blockaden in den Gebieten Lwow, Tschernowitz, Tschernigow, Shitomir und Sumy weitergeführt werden...



http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/node_pic/public/blokada_2_0.jpg